

Befasst man sich mit der Kulturgeschichte unseres Landes, wird rasch deutlich, dass neben der Beschaffung der täglich notwendigen Nahrungsmittel das Erzeugen von Energie für Heizzwecke, für Mühlen und für den Transport von Waren aller Art stets eine überaus zentrale Bedeutung hatte. Die Sorge um das «tägliche Brot» steht – bei uns zumindest – heute zum Glück nicht mehr im Mittelpunkt. Energie, im Besonderen elektrische Energie, ist hingegen absolut lebensnotwendig. Eine Stunde kein Strom – schon steht das ganze Leben still. Kein Ölbrenner, keine Heizpumpe funktioniert, kein Telefon, kein Kühlschrank, keine Lokomotive, nichts ... Unsere Gesellschaft könnte keine Woche ohne Strom auskommen!

Es ist also verständlich, richtig und wichtig, wenn sich unsere Politiker mit Ernst diesem Thema widmen. Zweifellos ist Energiepolitik eine zentrale Aufgabe in der Regierungsverantwortung. Dies war in der Vergangenheit so und ist heute wichtiger denn je. Die Form der Energiegewinnung ist dabei freilich eine eigene Frage. Die Erkenntnisse der allerjüngsten Zeit haben zu einer schnellen Abkehr von der Atomenergie geführt. Neue konventionelle Kohlekraftwerke würden die CO<sub>2</sub>-Anreicherung in der Atmosphäre mit Auswirkungen auf das Klima verstärken und wären keine gute Alternative. Das Gebot der Stunde und für die Zukunft ist also zweifellos die Verbesserung der Energiegewinnung über Windkraftwerke, Fotovoltaik- oder über Biogasanlagen. Je nach den sonstigen Gegebenheiten verbleibt noch die Ausnützung der Wasserkraft, evtl. auch der Geothermie. Die Speichermöglichkeiten der Energie stehen dabei, mit Ausnahme der Pumpspeicherwerke, noch in den Kinderschuhen.

Wenn also die baden-württembergische Landesregierung die Nutzung der Windkraft und die Gewinnung von Bioenergien verstärkt vorantreiben will, ist das konsequent und richtig. Damit verbundene Veränderungen unserer Landschaftsbilder sind gewöhnungsbedürftig, aber – bedingt! – unausweichlich. Da unsere Landschaft, trotz der sehr hohen Bevölkerungsdichte, glücklicherweise sehr attraktiv ist, wird man erwarten, dass die Landesregierung die Voraussetzungen dafür schafft, dass die mit verstärkter Nutzung regenerativer Energien einhergehenden Eingriffe möglichst gering bleiben. Dem Schaffen der planerischen Voraussetzungen kommt hierbei entscheidende Bedeutung zu.

Gerade da aber entstehen beim Verfolgen der Politik unserer neuen Landesregierung erhebliche Zweifel. Statt den planenden Institutionen die Aufgabe zu geben, die verstärkte Nutzung regenerativer Energien einerseits sowie Naturschutz und Landschaftspflege

andererseits unter einen Hut zu bringen, lockert man das Planungsrecht und gibt damit eine landschaftsangepasste Anlage von Windkraftträdern von Anfang an auf: Die Regionalverbände, seither mit einer zentralen Rolle bei der Planung von Windkraftanlagen bedacht, dürfen zukünftig keine Ausschlussgebiete mehr festlegen, bestehende Ausschlussgebiete werden annulliert. Schöne Landschaft ist damit als planerischer Eigenwert passé. Damit schneller gebaut wird, dürfen Städte und Gemeinden zukünftig selbst Windkraftstandorte festlegen, und nicht nur das: Eigenplanungen von Windkraftinteressenten sind zukünftig ebenso möglich. Die zwangsläufige Folge entgegen aller Beteuerungen: Es werden Anlagen an Orten entstehen, wo sie aus landschaftlicher Sicht absolut stören, ja unverantwortlich sind.

Auch Fragen des Naturschutzes im engeren Sinn, etwa der Vogelschutz, scheinen neuerdings nachrangig behandelt zu werden. Die annähernd 180 Meter hohe Ingersheimer Windkraftanlage ist trotz dringlicher Hinweise und Argumente vonseiten Spezialisten der Vogelkunde auf Ministeriumsebene genehmigt worden – dabei hätten schon durch eine Verschiebung des Standorts um wenige hundert Meter Risiken für Zugvögel deutlich herabgesetzt werden können.

Dies alles ist doch ungewöhnlich für eine Landesregierung, die ausdrücklich mit Naturschutzthesen für ihre Wahl geworben hat. Man gewinnt leicht den Eindruck, dass entweder die Abstimmung zwischen den Entscheidungsträgern verbesserungsbedürftig ist oder nicht alle Aspekte grüner Politik gleichrangig behandelt werden.

Der Schwäbische Heimatbund wurde vor über hundert Jahren gegründet, nicht um notwendige Veränderungen im wirtschaftlichen und technischen Bereich unseres Landes zu verhindern, sondern um dafür Sorge zu tragen, dass die notwendigen Maßnahmen mit Umsicht und Sorgfalt beim Umgang mit den natürlichen Gegebenheiten unseres Landes durchgeführt werden. Damals konnte dies in einem weit übergreifenden Konsens vermittelt und vielfältig umgesetzt werden. Es ist zu hoffen und zu fordern, dass die Naturschutzpolitik der Energiepolitik nicht völlig untergeordnet wird. Große landschaftliche und kulturelle Werte stehen auf dem Spiel! Der Schwäbische Heimatbund wird sich mit großer Sorgfalt der schwierigen Frage stellen, einerseits das Notwendige voranzutreiben, andererseits aber nicht durch Gedankenlosigkeit, aus fehlendem Verständnis für unsere Landschaft oder wegen privater wirtschaftlicher Interessen irreversible Schäden herbeizuführen. Die Landesregierung hat dabei mit der Regulierung der Rahmenbedingungen eine hohe Verantwortung, an der sie sich messen lassen muss.